



**Wahlprüfsteine
des Caritasverbandes für das Bistum Magdeburg e.V.
des Familienbundes im Bistum Magdeburg und im Land Sachsen-Anhalt
der Katholischen Arbeitnehmerbewegung im Bistum Magdeburg
der Katholischen Elternschaft im Bistum Magdeburg und
der Katholischen Erwachsenenbildung für das Land Sachsen-Anhalt e.V.
zur Landtagswahl 2011
Antworten der FDP Sachsen-Anhalt**

Themenbereich Bildung

1. Entspricht das KiFöG Ihrer Auffassung dem Grundsatz der bildungspolitischen Teilhabe und welchen Veränderungsbedarf sehen sie ggf.?

Das KiFöG entspricht unserer Auffassung von bildungspolitischer Teilhabe. Mit der Verabschiedung des KiFöG in Sachsen-Anhalt sind erstmalig ein Rechtsanspruch auf frühkindliche Bildung und verbindliche Bildungsstandards in allen Kindertagesstätten eingeführt worden. Seit dem ist dieses Gesetz weiterentwickelt und um Aspekte, wie die Sprachstandsfeststellung, erweitert worden. Die FDP im Landtag hat sich während der letzten Verhandlungen zum KiFöG und zum Haushalt vehement dafür eingesetzt, dass zusätzliche Mittel bereitgestellt und diese für die erforderlichen Vor- und Nachbereitungszeiten verwendet werden. Der gesetzliche Anspruch auf frühkindliche Bildung muss unbedingt beibehalten werden. Da die Bildungsmaßnahmen aufgrund der unterschiedlichen Abholzeiten der Kinder am Nachmittag auch bei voll berufstätigen Eltern hauptsächlich in den Vormittagsstunden stattfinden, sehen wir die Bildungsteilhabe von Kindern mit einem Halbtagsanspruch als gegeben. Verbesserungen sehen wir weiter in der Qualität der frühkindlichen Bildung.

2. Wie werden Sie die Bildungschancen an Schule für alle Kinder und Jugendliche, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, verbessern? Wie wollen Sie zukünftig die Schulsozialarbeit in Sachsen-Anhalt erhalten?

Die besten Bildungschancen für alle bietet ein Schulsystem, in dem sich die Lehrer in Ruhe um die Schülerinnen und Schüler kümmern können und nicht dauernd durch Debatten um neue Schulformen aufgeschreckt werden. Die Sekundarschule muss sich wieder zum Rückgrat unseres Schulsystems entwickeln. Ihr berufsorientiertes Profil bietet gerade Schwächeren die Chance, die Praxisrelevanz des Unterrichtsstoffs zu erkennen. Die darauf folgende Ausbildung im Dualen System der beruflichen Bildung ist international am erfolgreichsten. Die Facharbeiter und Meister sind die Grundlage des Exportweltmeisters Deutschland. Über die Berufsbildenden Schulen (v. a. Fachoberschulen und Fachgymnasien) steht auch der Weg an die Hochschulen offen. Dieser Weg muss gestärkt werden. Wir brauchen deswegen keine Sekundarschulen mit verwässertem Profil, an denen

das Abitur abgelegt werden kann, sondern mehr Durchlässigkeit zwischen den Schulformen. Dazu muss der spätere Wechsel auf das Gymnasium praktikabler gemacht werden. Die Schulsozialarbeit ist ein wichtiges Element, um gerade in Brennpunktschulen ein die Entwicklung eines günstigeren Lernumfelds zu unterstützen. Die bestehenden Programme sollten deswegen im Falle einer positiven Evaluierung fortgesetzt werden. Allerdings bedarf es einer klareren Zieldefinition des Einsatzes von Schulsozialarbeitern, weg von Wohlfühlen der Schüler hin zum erfolgreichen Abschluss der Schule

3. Wie sehen Sie die Rolle der Eltern im Bildungsprozess und was werden Sie tun, um Eltern- und Familienbildung zu stärken?

Die Rolle der Eltern im Bildungsprozess kann niemand ersetzen. Im Elternhaus werden die Grundlagen für Bildungsbereitschaft und Bildungsmotivation gesetzt. Weder Kindertageseinrichtungen noch Schulen sind geeignet, Defizite in diesen Bereichen zu kompensieren. Die FDP will eine Politik, die mehr Vertrauen in die Familie setzt und weniger staatliche Bevormundung beinhaltet. Der Staat weiß nicht besser, wie Kinder zu erziehen sind, als die eigenen Eltern. Aufgabe der Kommunen ist, die Eltern zu unterstützen, aber nicht zu entmündigen. Andererseits ist und bleibt die Kindererziehung nicht nur Recht, sondern auch Pflicht der Eltern und kann nicht auf staatliche Institutionen abgewälzt werden. Deshalb kommt der Elternbildung und somit der Stärkung der Erziehungskompetenz eine bedeutende Rolle zu.

Die Hauptaufgabe der Eltern- und Familienbildungseinrichtungen besteht darin, denjenigen zur Seite zu stehen, die tatsächlich Hilfe im Sinne von Bildung bei der Kindererziehung und Kinderbetreuung und der Gestaltung des Familienlebens benötigen. Hier gilt es, die Erziehungskompetenz der Eltern zu stärken, die hier ein Defizit erkennen lassen. Hierzu muss der aktuelle Bedarf ermittelt und resultierend daraus bedarfsgerechte Angebote gestaltet werden.

4. Wie werden Sie die allgemeine Erwachsenenbildung im Rahmen des Erwachsenenbildungsgesetzes stärken?

Die FDP hat sich in den Beratungen des Doppelhaushaltes klar gegen die geplanten Kürzungen der Landesregierung bei der Erwachsenenbildung positioniert. Dazu stehen wir auch weiterhin. Es gilt zukünftig, die vorhandenen Bildungsinfrastrukturen, unter anderem der Volkshochschulen und Bildungswerken, auch für Weiterbildungen und lebenslanges Lernen umfassender als bisher in Anspruch zu nehmen. Gleichzeitig sind die Träger schon in eigenem Interesse gefordert, ständig auf die Qualität der Angebote zu achten.

Themenbereich Arbeitsmarkt/Existenzminimum

Aus christlicher Sicht ist das Menschenrecht auf Arbeit unmittelbarer Ausdruck der Menschenwürde. Dies verpflichtet alle gesellschaftlichen Kräfte zu den größtmöglichen Anstrengungen, um die Beteiligung an der Erwerbstätigkeit zu gewährleisten.

1. Wie sollten aus Ihrer Sicht Teilnehmungsangebote für nicht vermittelbare Männer und Frauen aussehen?

Der demographische Wandel und der Fachkräftemangel werden dazu führen, dass sich die Chancen am ersten Arbeitsmarkt auch für Menschen mit bislang hohen Vermittlungshemmnissen deutlich verbessern. Dieser Prozess muss durch intensive Betreuung der Arbeitslosen sowie zielgerichtete Weiterbildungen und Umschulungen begleitet werden, da diese Maßnahmen nun erstmals bleibenden Erfolg versprechen.

2. Wie stehen Sie zur Frage eines Mindestlohnes und wie hoch sollte ein Mindestlohn sein, um einen ausreichenden Abstand zwischen Arbeitseinkommen und Transferleistungen zu gewährleisten?

Für die FDP hat die Tarifautonomie absoluten Vorrang vor staatlicher Lohnfestsetzung. Die Tarifautonomie ist ein bewährter Pfeiler der sozialen Marktwirtschaft. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen eigenverantwortlich die Lohnhöhe festlegen. Gesetzliche Mindestlöhne lehnen wir ab, egal in welcher Höhe, denn

- sie führen zu Arbeitsplatzabbau und verhindern das Entstehen neuer Arbeitsplätze,
- sie setzen Anreize für Schwarzarbeit,
- sie führen zu unnötiger Bürokratie und erfordern einen umfangreichen Kontrollaufwand,
- ihre Höhe würde zum billigen Wahlkampfgegenstand werden,
- sie zerstören das Lohngefüge und führen zu Preissteigerungen.

Mindestlöhne stellen nur eine Scheinlösung im Kampf gegen Armut dar, denn die Preissteigerungen schwächen die Kaufkraft, gerade von Geringverdienern. Als zusätzliche Einstiegshürde in den Arbeitsmarkt nehmen sie gerade Langzeitarbeitslosen die Chance auf einen Arbeitsplatz.

3. Sind Sie der Auffassung, dass durch die Transferleistungen im Rahmen von Hartz IV eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gewährleistet ist?

Wir vertreten die Auffassung, dass die Transferleistungen die gesellschaftliche Teilhabe gewährleisten, zumal die sozialen Sicherungssysteme nicht darauf ausgelegt sind, sich dort dauerhaft einzurichten. Sie sollen vielmehr vorübergehende Notsituationen auffangen. Gerade jetzt in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs muss es deshalb darum gehen, Menschen in Arbeit zu bringen. Ein Arbeitsplatz ist noch immer das beste Mittel gegen Armut. Und genau dort müssen sämtliche politischen und gesellschaftlichen Anstrengungen ansetzen. Die Politik muss Rahmenbedingungen setzen, innerhalb derer die Wirtschaft Arbeitsplätze schaffen kann. Dies ist der Ansatz der FDP.

Alle anderen Maßnahmen lindern lediglich die Symptome. Die FDP befürwortet deshalb ein Sozialsystem, das den wirklich Bedürftigen hilft, aber keine Anreize setzt, sich in die so genannte soziale Hängematte zu legen. Wer für seinen Lebensunterhalt nicht selbst aufkommen kann, erhält die Unterstützung der Gemeinschaft. Dies steht in unserer Gesellschaft außer Frage. Gleichzeitig muss man aber von denjenigen, die für ihren Lebensunterhalt selbst sorgen können, auch verlangen, zunächst einmal genau dies zu tun. Das liegt im Interesse der ganzen Gesellschaft und somit auch der tatsächlich Bedürftigen.

Themenbereich „Umwelt“

Die Bewahrung der Schöpfung beinhaltet auch die Erhaltung und Schaffung von gesunden Lebensbedingungen und Erholungsräumen für die Menschen.

1. Welche Prioritäten setzt Ihre Partei bei der wirtschaftlichen Erschließung unseres Bundeslandes?

Der Mensch steht im Mittelpunkt liberaler Politik. Unser Ziel ist es, allen die Chance auf Teilhabe am Wohlstand zu eröffnen. Dabei kommt es vor allem darauf an, ein selbst tragendes Wirtschaftswachstum zu generieren, um bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Die FDP wird deshalb den Mittelstand wieder ins Zentrum der Wirtschaftspolitik rücken. Wir wollen die Vielzahl an Förderprogrammen straffen und vor allem Innovationen fördern. Dabei sieht die FDP die Fokussierung auf wirtschaftliche

Schwerpunktcluster – wie Automotive, Informationstechnologie, Chemie/Kunststoffe, Erneuerbare Energie, Biotechnologie, Ernährungswirtschaft, Logistik – als zentrale Aufgabe.

2. Wie setzt sich Ihre Partei für die Erhaltung einer in Deutschland einzigartigen Landschaft ein (Ausbau A 14, Neubau Saale-Kanal)?

Sachsen-Anhalt ist vor allem von Kulturlandschaften geprägt, die durch die Tätigkeit des Menschen maßgeblich beeinflusst wurden, ansonsten wären weite Teile unseres Landes bewaldet. Zur Bündelung der Verkehre müssen größere Infrastrukturprojekte auch weiterhin möglich sein. Auf der anderen Seite muss wie bei Deichrückverlegungen der Natur mehr Platz gelassen werden .

Wir haben in den vergangenen 20 Jahren beachtliche Fortschritte beim Ausbau der Infrastruktur in Sachsen-Anhalt erzielt, aber sind noch nicht ganz am Ziel angekommen. Als FDP vertreten wir deshalb die Auffassung, dass die letzten zentralen Vorhaben – dazu gehören die A 143, der A 14-Lückenschluß, die Verlängerung der B 6n und der Saaleseitenkanal – vollendet werden müssen. Mit der Vollendung dieser letzten Vorhaben ist das Land infrastrukturell hervorragend aufgestellt. Es wäre in das europäische Verkehrsnetz eingebunden, und es wäre in der Lage, die zu erwartenden steigenden Verkehrsströme zu bewältigen.

Wir befürworten mit dem Saaleseitenkanal ein Projekt, das keinen Ausbau der Saale darstellt, sondern vielmehr das letzte Teilstück des Flusses unberührt lässt. Einen Ausbau der Elbe lehnen wir ab. Die FDP möchte die Elbe als frei fließenden Fluß erhalten. Dies schließt unserer Auffassung nach jedoch nicht aus, dass Erhaltungsmaßnahmen durchgeführt werden. Wir wollen also Sanierung und Pflege – und damit den Erhalt der geerbten Flusslandschaft - aber keinen Ausbau.

Problematischer sehen wir allerdings eine weitere Ausweisung von Windeignungsgebieten, die tatsächlich einen großflächigen, weithin sichtbaren Eingriff in das vertraute Landschaftsbild zur Folge haben.

3. Gibt es in Ihrer Partei Vorstellungen oder Pläne für ein einheitliches Verkehrswegekonzept für unser Bundesland?

Es gibt insofern keine eigenen Vorstellungen, da es bereits einen Landesverkehrswegeplan gibt, den wir als FDP mittragen.

4. Welche Schwerpunkte setzt Ihre Partei in der Umweltpolitik für Sachsen-Anhalt?

In einer Zeit, in der viele natürliche Ressourcen so genutzt werden, dass Gefahr besteht, sie zum Versiegen zu bringen, oder ihre Verfügbarkeit zu erschweren, ist Umwelt- und Naturschutz unsere herausragende Aufgabe für die Zukunft. Nur in einer funktionsfähigen Natur kann ein erfolgreiches Leben und Wirtschaften der Menschen garantiert werden. Jeglicher Raubbau führt zu irreparablen Schäden, deren Ersatz zu erhöhten Aufwendungen folgender Generationen führt.

Es gilt die Bodenschätze zu schonen und die Artenvielfalt der Tiere und Pflanzen in ihren Lebensräumen zu erhalten. Die degressive Bevölkerungsentwicklung gibt den Menschen in Europa die einmalige Chance, Naturverbrauch sorgfältig abzuwägen und langfristig verantwortlich zu handeln. Die FDP wird vor jeder Neuausweisung von Gewinnungsgebieten für Sand, Steine und Bodenschätze eine strenge Alternativenprüfung durchführen.

Die Umweltpolitik der FDP sieht als herausragendes Instrument des Ressourcenschutzes eine klare Definition des Marktwertes der Schutzgüter über einen Preis, statt staatlicher Verbotspolitik. Dabei muss jedoch die Menge des verfügbaren Gutes notfalls staatlich reglementiert werden, um eine Marktdefinition zu geben. Damit wird die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen unterstrichen. Mittels dieses Verfahrens entfällt Subventionsnotwendigkeit von umweltfreundlichen Verfahren oder Produkten, da sie

aufgrund der Nichtinanspruchnahme von Umweltschutzgütern preisgünstiger zu produzieren sind.

Naturschutz bedeutet die weitere Knüpfung des Biotopverbundsystems über unser Land. Die Vergrößerung und Verbindung der natürlichen Areale muss Priorität vor dem Schutz von Kleinstbiotopen haben. Lebensräume sind höher zu wichten, als einzelne Arten. Zerschneidungen alter Habitats sollen möglichst vermieden oder bevorzugt durch Erweiterung in den neuen Teilen ausgeglichen werden.

Die FDP wird die Frage der Statischen Habitatbewahrung gegenüber der Anerkennung einer sich veränderten Natur untersuchen lassen und stärker eine Gesamtbetrachtung der Arten- und Biotopentwicklung in das Zentrum einer langfristig akzeptierten Naturschutzpolitik stellen.

Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen werden mit der FDP sich auf große Gesamtvorhaben orientieren und, wenn sinnvoll, von der Verursachungsmaßnahme auch räumlich getrennt umgesetzt. Dem Ökokonto kommt dabei eine wichtige Funktion zu.

Boden ist ein knappes Gut und hochkomplexer Naturkörper, um den unterschiedliche Nutzungen konkurrieren. Die Nutzung des Bodens sollte daher so erfolgen, dass die natürlichen Verhältnisse berücksichtigt werden und nach Nutzungsaufgabe auch wiederhergestellt werden können. Das betrifft insbesondere den Rückbau von Industrie- und Agrarbrachen.

Die FDP will den zunehmenden Flächenverbrauch bei sinkender Bevölkerung beenden. Flächenzertifikate sollen handelbar werden, wobei das Land entsprechend einer relativen Flächenquote pro Einwohner über Aufkäufe die Möglichkeit des endgültigen Einzugs, wie bei wachsender Bevölkerung eine Emissionsberechtigung hat.

Emissionen, egal in welchem Aggregatzustand sollen nur noch über handelbare Zertifikate ermöglicht werden. Bei Kleinemittenten, wie Hausheizung und Straßenverkehr, ist der Emissionspreis Bestandteil des Abgabepreises des Brennstoffes.

Für Boden und Wasserverschmutzung darf es keine Zertifikate geben.

Der Umgang mit Abfällen bedarf einer stärkeren Konzentration auf stoffliche Verwertung. Dabei muss eine Ablagerung über längere Zeiträume wieder möglich sein, denn die Abfälle von heute sind die Sekundärrohstoffe von morgen. Nur Stoffe, die lediglich thermisch verwertbar sind, wie z. B. Altholz, dürfen zukünftig verbrannt werden.

Themenbereich „Migration und Integration“

Eine gelingende Integrationspolitik kann nur stattfinden, wenn es eine konstruktive Zusammenarbeit von staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren gibt.

1. Wo sieht ihre Partei Arbeitsschwerpunkte in der aktuellen Integrationspolitik Sachsen-Anhalts?

Frühkindliche Sprachförderung wird von der FDP als vordringlicher Arbeitsschwerpunkt im Bereich Integration eingeschätzt. Sprache ist der wichtigste Baustein zu einer wirksamen Integration in die deutsche Gesellschaft, da wirkliche gesellschaftliche Teilhabe nur mit ausreichenden Sprachkenntnissen zu erreichen ist. Weiterhin setzen wir Liberale uns für Erleichterungen beim Zugang zum Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt ein. Vereinfachungen bei der Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen stehen hierbei für uns im Mittelpunkt.

1. Was halten Sie von einer konstanten Förderung der Beratungsstrukturen im Bereich Migration und Integration? Wären Sie bereit sich dafür einzusetzen?

Die bestehende Förderpraxis bei den bestehenden Beratungsstrukturen hat sich nach unserer Auffassung bewährt. Eine darüber hinaus gehende Verstetigung sehen wir deshalb nicht als geboten an.

2. Welchen Stellenwert messen Sie den landesweit agierenden Netzwerkstrukturen (wie z.B. Bündnis für Zuwanderung und Integration, den Runden Tisch gegen Ausländerfeindlichkeit und das Landesnetzwerk der Migrantenselbstorganisationen) bei?

Ehrenamtliches Engagement in Vereinen oder Netzwerken ist unverzichtbar, um im Bereich Migration bzw. Integration die Situation in Sachsen-Anhalt dauerhaft zu verbessern. Voraussichtlich wird das Ehrenamt in Zukunft sogar noch mehr an Bedeutung gewinnen. Die FDP setzt sich für die Stärkung der Anerkennung ehrenamtlich tätiger Bürger ein.

Die zivilgesellschaftlichen Strukturen haben sich bewährt. Durch die verschiedenen Initiativen haben eine stärkere Vernetzung und ein besserer Austausch zwischen den verschiedenen Akteuren stattgefunden. Integrationspolitische Anstöße sollten in einer offenen und demokratischen Gesellschaft „von unten“ erfolgen. Die genannten Vereine und Netzwerke stellen ausgezeichnete Beispiele für ein erfolgreiches ehrenamtliches Engagement in Sachsen-Anhalt dar. Der Staat und somit auch die Landespolitik sollten unserer Meinung nach nur die Rahmenbedingungen setzen, wobei koordinierend die Integrationsbeauftragte tätig werden sollte.

3. Wie steht Ihre Partei zur Rückführung von Roma in den Kosovo?

Entscheidungen über die Abschiebung von Personen in ihre Herkunftsländer sind sehr schwerwiegende Entscheidungen, bei denen humanitäre Gründe zwingend ausreichende Beachtung finden müssen. Weiterhin ist ohne Zweifel die besondere Situation von Minderheiten jeweils bei einer Abschiebung besonders zu berücksichtigen. Wir Liberale sind aber der Auffassung, dass dies mit der bisher geltenden Rechtslage – auch im Fall von Abschiebungen von Roma und anderen Minderheiten in den Kosovo - ausreichend gewährleistet ist.

Im Rahmen des Asylverfahrens findet eine Einzelfallprüfung statt und somit ist ausreichend gewährleistet, dass humanitäre Gründe beachtet werden. Darüber hinaus kann sich der Betroffene an die Härtefallkommission wenden, eingeführt durch die CDU/ FDP-Koalition in Sachsen-Anhalt ermöglicht im Rahmen einer Einzelfallprüfung die Feststellung, dass dringende humanitäre oder persönliche Gründe einer Abschiebung entgegenstehen.

Einen sofortigen Abschiebestopp gemäß § 60a Absatz 1 Aufenthaltsgesetz für Roma und andere Minderheiten aus dem Kosovo lehnen wir ab. Diese Regelung soll eine Reaktionsmöglichkeit der Länder auf eine akute Sondersituation in Ländern sein, in die eine Abschiebung erfolgen soll und kann längstens für 6 Monate angeordnet werden. Das Mittel des Abschiebestopps sollte dementsprechend nur als ultima ratio eingesetzt werden.

Wir Liberale sind der Auffassung, dass deshalb eine generelle Regelung für Roma und andere Minderheiten aus dem Kosovo nicht sinnvoll ist. Schon heute findet unseres Erachtens eine verantwortungsvolle Rückführungspolitik in Deutschland statt.

Auch eine Rücknahme des 2009 von der Bundesrepublik Deutschland mit dem Kosovo vereinbarten Rückführungsabkommens erscheint uns Liberalen wenig sinnvoll. Wir gehen davon aus, dass man sich im Rahmen der Verhandlungen über das Rückführungsabkommen umfassend mit der Situation im Kosovo – auch für Minderheiten – befasst hat. Schon heute steht außerdem zunächst das Bemühen um eine freiwillige Rückkehr im Vordergrund.

Themenbereich Demographie

Der demographische Wandel hinterlässt auch in Sachsen-Anhalt seine Spuren. Der Anteil älterer Menschen zur Gesamtbevölkerung nimmt kontinuierlich zu. Der Wunsch älterer Menschen nach selbst bestimmter und gesellschaftlicher Teilhabe spiegelt sich auch darin wieder, so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden zu wohnen, ohne den Anschluss an „das Leben draußen“ zu verlieren. Gerade im ländlichen Raum Sachsen-Anhalts treffen wir mitunter auf prekäre Einwohnerstrukturen.

1. Wie wollen Sie einen qualitativ hochwertigen Nahverkehr auch in Zukunft gewährleisten, der die Wünsche älterer Menschen nach einer angepassten Mobilität einschließt?

Der ÖPNV ist und bleibt ein unverzichtbarer Bestandteil der Daseinsvorsorge, gerade auch in der Fläche. Dabei ist nicht absehbar, dass der ÖPNV sich finanziell selbst tragen kann. Ziel muss es deshalb sein, die notwendigen Zuschüsse für den ÖPNV effizient einzusetzen. Bereits 2004 hat die damalige schwarz-gelbe Koalition eine Novelle des ÖPNV-Gesetzes vorgenommen, die einen ersten richtigen Schritt in diese Richtung darstellte, indem flexible Bedienformen ermöglicht und die Verkehrsmittel dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit unterworfen wurden. Diesen Weg gilt es konsequent weiterzugehen, so dass die Aufgabenträger und die Verkehrsunternehmen möglichst eigenverantwortlich und unter geringem bürokratischen Aufwand einen leistungsfähigen ÖPNV anbieten können, der insbesondere auch die Bedürfnisse älterer Menschen berücksichtigt.

2. Welche Überlegungen haben Sie, um die Mobilität von älteren Menschen gerade auch im ländlichen Bereich zu verbessern?

Zur Absicherung der Versorgung, insbesondere im ländlichen Raum, will die FDP den Öffentlichen Personennahverkehr auf die Bedürfnisse von Menschen ausrichten, die nicht Auto fahren wollen oder können. Dies erfordert eine Abkehr von einer Verkehrsplanung, die sich nur an den Schulzeiten orientiert, hin zu einer regelmäßigen Erschließung in der Fläche. Zudem erfordert die Sicherstellung der Mobilität aller Menschen auf dem Land, dass der ländliche Raum nicht länger von den entscheidenden Verkehrsachsen des Landes abgeschnitten wird. Mobilität ist ein Grundbedürfnis, dem wir Rechnung tragen müssen. Als FDP setzen wir uns deshalb vorbehaltlos für die Vollendung der bereits genannten Infrastrukturvorhaben ein (A 143, A 14-Lückenschluß, die Verlängerung der B 6n bis zur A 9 und Saaleseitenkanal)

3. Welche Vorstellungen hat Ihre Partei, um durch wohnortnahe Angebote auch älteren Menschen eine funktionierende soziale und versorgerische Infrastruktur zu ermöglichen?

Generell gilt: Beim zukünftigen Rück- und Umbau (insbesondere bestehender Plattenbauten) müssen das altersgerechte Wohnen sowie die Schaffung einer entsprechenden Infrastruktur im Vordergrund stehen. Angesichts des demographischen Wandels kann der Stadtumbau nur mit dieser Ausrichtung als zukunftsfähig bezeichnet werden.

Die FDP will eine selbständige Lebensführung im Alter ermöglichen. Dazu gehört eine barrierefreie Gestaltung der eigenen Wohnung ebenso wie altersgerechte Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum. Die FDP unterstützt mit Nachdruck neue quartiersbezogene Wohnkonzepte für generationenübergreifendes Zusammenleben und Selbsthilfegruppen.

Die FDP beabsichtigt ferner, für alle Lebensbereiche eine Seniorenfreundlichkeitsprüfung einzuführen. Gerade ältere Menschen sind heute mobiler und zunehmend komplexeren Umfeldern ausgesetzt. Bei abnehmendem Hör-, Seh- und Tastvermögen müssen autozentrierte Bauten oder Zonen, Leiteinrichtungen im öffentlichen Leben und die

Barrierefreiheit im Lebensumfeld älterer Mitbürger hinsichtlich des Bedürfnisses nach Mobilität und Sicherheit kritischer beurteilt werden.

Themenbereich Demokratie

Die Diskussionen in Deutschland um Großprojekte wie Stuttgart 21 oder Atomausstieg zeigen, dass die bestehende repräsentative Demokratie für viele Bürgerinnen und Bürger an Akzeptanz verliert. Fragen nach deren intensiveren Beteiligung bekommen in politischen Debatten einen höheren Stellenwert.

1. Wie stehen Sie zu möglichen Absenkungen für Quoren bei Volksbegehren und Volksentscheiden?

2005 wurde das Quorum bei Volksbegehren bereits von 250.000 auf 11% der Wahlberechtigten (220.000) abgesenkt. Damit hat man der sinkenden Bevölkerungszahl Rechnung getragen. Sachsen-Anhalt liegt mit dem Unterschriftenquorum derzeit im Mittelfeld aller Bundesländer. Eine deutliche Absenkung lehnen wir derzeit ab. Auch an den Quoren bei Volksentscheiden sehen wir keinen aktuellen Änderungsbedarf.

2. Wäre aus Ihrer Sicht die Absenkung der Fünfprozenthürde ein Weg, um Minderheitenmeinungen mehr Gehör zu verschaffen?

Die Fünfprozenthürde ist nicht durch Willkür entstanden. Mit der Einführung der Fünfprozenthürde bei der Gründung der Bundesrepublik Deutschland hat man seinerzeit auf Erfahrungen der deutschen Geschichte reagiert. Unserer Erfahrung nach ist es mit den heute zur Verfügung stehenden Medien in der Regel kein Problem, Minderheitenmeinungen Gehör zu verschaffen.

3. Sollten aus Ihrer Sicht weitere Elemente direkter Demokratie in der Landesverfassung Sachsen-Anhalt verankert werden? Welche Möglichkeiten sehen Sie konkret?

In der 4. Wahlperiode wurden durch die christlich-liberale Koalition die Quoren für Volksentscheide in Sachsen-Anhalt gesenkt und damit die Hürden für direkte Bürgerentscheide verringert. Eine erhebliche Absenkung der Quoren führt zwangsläufig dazu, dass im Prozess der politischen Meinungsbildung die Mindestanzahl von Menschen, die ihren Willen gegen eine Mehrheit beteiligter und unbeteiligter Bürger durchsetzen kann, schneller erreicht wird. Dies ist schon bei Wahlen nicht unproblematisch, allerdings werden die Mandate dort nur auf Zeit vergeben, während bei erfolgreichen Volksentscheiden das Ergebnis de facto endgültig ist. Der Widerspruch zum demokratischen Mehrheitsprinzip lässt sich nicht vollständig auflösen. Gleichwohl hält die FDP Sachsen-Anhalt an den bestehenden Möglichkeiten zu Volksabstimmungen fest.